Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5587

07. 11. 89

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß der von den Bürgerinnen und Bürgern erzwungene Prozeß der Demokratisierung in der DDR zunehmend an Kraft gewinnt. Mit Respekt und Sympathie grüßen wir die Menschen, die öffentlich ihre Bürgerrechte einfordern und die, die in den Kirchen und in neuen gesellschaftlichen und politischen Gruppen und Parteien unter großen persönlichen Risiken den Reformprozeß angestoßen haben und vorantreiben. Es ist der Reformprozeß der Menschen in der DDR. Mit ihren grundsätzlichen politischen Forderungen stimmen wir überein; sie entsprechen unserem Verständnis von Demokratie. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß diese neuen Kräfte nicht behindert, sondern offiziell zugelassen werden. Meinungs- und Informationsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit müssen auch in der DDR anerkannt werden. Die SED muß auf ihr Machtmonopol und ihren Anspruch, im Besitz der Wahrheit zu sein, verzichten. Der Deutsche Bundestag stimmt überein mit den Forderungen der Reformgruppen und der Teilnehmer der großen Massendemonstrationen nach freien und geheimen Wahlen.

   Die anhaltende Massenausreise wird nur beendet werden, wenn Freiheit in der DDR und grundlegende wirtschaftliche Reformen umfassend verwirklicht werden. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unter diesen Voraussetzungen die Reisefreiheit für DDR-Bürger und ökonomische Reformen in der DDR nach Kräften zu unterstützen. Die Chancen, daß Bürger der DDR eine Perspektive zum Bleiben in der DDR gewinnen, darf nicht an vordergründigen finanziellen Argumenten scheitern. Wer dabei heute seine Hilfe versagt, versagt moralisch vor der wichtigsten Aufgabe deutscher Politik.

2. Freiheit und Selbstbestimmungsrecht sind der Kern der Deutschlandpolitik. Durch die Demokratisierung werden sie von den Menschen in der DDR selbst verwirklicht. Von uns kann nicht vorweggenommen werden, für welche Formen des

Zusammenlebens sich die Deutschen in der DDR bei der Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechts entscheiden werden. Wir werden ihr Votum respektieren. Es bleibt unser Ziel, die Einheit der Deutschen gemeinsam mit der Einheit Europas zu vollenden. In jedem Fall müssen die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten in einer Weise ausgestaltet werden, wie es die Zugehörigkeit zu einer Nation und die gemeinsame Geschichte erfordert. Beide deutsche Staaten dürfen das Zusammenwachsen Europas nicht behindern, sie müssen es fördern. Wir wollen gute Nachbarn sein in dem sich bildenden europäischen Haus. Niemand in Europa soll Deutschland je wieder als Bedrohung empfinden.

3. Die konkreten Aufgaben der beiden deutschen Staaten ergeben sich aus dem Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung, für die sie gemeinsam Verantwortung tragen. Von besonderer Bedeutung hierfür sind die Schlußakte von Helsinki und die weiteren KSZE-Dokumente. Zu diesen Aufgaben der beiden deutschen Staaten zählen u. a.:

   — die Einhaltung der KSZE-Schlußerklärung von Wien einschließlich der völligen grenzüberschreitenden Informations- und Meinungsfreiheit;

   — die völlige Liberalisierung des Reiseverkehrs einschließlich der freien Aus- und Wiedereinreise;

   — Regelungen, die es DDR-Bürgern bei Besuchen in der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen, über ausreichende finanzielle Mittel zu verfügen;

   — die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens und der Medien;

   — der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die den ökonomischen Reformen in der DDR dienen soll;

   — weitergehende Vereinbarungen über eine ökologische Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich des Umweltschutzes, der Verkehrs- und Energiepolitik;

   — Vereinbarungen mit der DDR über eine Zusammenarbeit bei der Erhaltung historischer Bausubstanz in beiden deutschen Staaten.

   Auf allen diesen Gebieten sind praktische Regelungen erforderlich, die eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Bundesregierung und Opposition mit Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Wissenschaft erarbeiten soll. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zu gegebener Zeit diese Vorschläge für eine neue Qualität der deutsch-deutschen Beziehungen in Verhandlungen mit der DDR über ein Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag einzubringen. Deshalb muß es jetzt zu einem umfassenden deutsch-deutschen Dialog kommen. An ihm müssen sich die Kirchen, die neuen gesellschaftlichen Gruppen aus der DDR und alle gesellschaftlichen Kräfte aus beiden deutschen Staaten beteiligen. Gespräche und Verhandlungen mit der Regierung der DDR liegen weiterhin im Interesse aller Deutschen.

Beide deutschen Staaten können so mit ihrer bilateralen Zusammenarbeit Zeichen für das Zusammenwachsen Europas setzen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß beide deutschen Staaten für eine gesamteuropäische Umweltbehörde und eine Sicherheitsbehörde aller KSZE-Staaten eintreten.

4. Der Deutsche Bundestag heißt die Menschen aus der DDR willkommen. Die Eingliederung von Übersiedlern und ihre Gleichbehandlung mit anderen Zuwanderern, die darauf einen verfassungsrechtlichen oder durch internationale Verträge gesicherten Anspruch haben, stellt uns vor neue Herausforderungen. Sie sind nur durch gemeinsame Anstrengungen zu bestehen. Deshalb soll eine weitere Gruppe von Regierung, Opposition, Vertretern der Länder und Gemeinden, von caritativen und sozialen Organisationen und Einrichtungen gebildet werden, die Vorschläge für gemeinsame Lösungen der entstandenen und weiter entstehenden Probleme erarbeitet.

   Mit dieser Herausforderung – Unterstützung der Reformen in der DDR und der Reisefreiheit, soziale Integration der Aus- und Übersiedler – ist unvereinbar, daß durch ungerechte Steuersenkungsprogramme für höhere Einkommensbezieher dem Staat die notwendigen Mittel für diese Aufgaben entzogen werden.

   Der Deutsche Bundestag dankt den Bundesbürgern, insbesondere den Wohlfahrtsverbänden, der Polizei, der Bundeswehr und dem Bundesgrenzschutz für ihre solidarischen Leistungen bei der Unterbringung und Versorgung der Übersiedler aus der DDR.

5. Berlin muß in die deutsche und europäische Entwicklung voll einbezogen bleiben. In dem gesamteuropäischen Prozeß des Friedens und der Sicherheit kann es eine führende Rolle spielen. Der Deutsche Bundestag unterstützt daher die Einrichtung europäischer Institutionen in Berlin, wie einer europäischen Sicherheitsbehörde oder europäischer Einrichtungen, die dem Umweltschutz dienen. Berlin (West) muß als Wirtschaftsstandort zwischen West und Ost gestärkt werden. Der Bau einer Schnellbahn bleibt vorrangig. Der Luftverkehr muß in Kooperation mit den vier Mächten und der DDR geöffnet werden. Die Bindungen von Berlin (West) an den Bund müssen in voller Ausschöpfung des Viermächteabkommens gestärkt werden.

Bonn, den 7. November 1989

Dr. Vogel und Fraktion



Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56,5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333